

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 15.06.2020
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:50 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Michael C. Kissig CDU

Mitglieder

Peter Kramer CDU

Michael Schernikau CDU

Christian Fuchs CDU

Vertretung für: Herbert
Thomascheski

Lothar Barop SPD

Rüdiger Fölske SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Rainer Hagendorf Bündnis 90 / Die Grünen Vertretung für: Olaf Wutt-
ke

Renate Koschorrek FDP

Andreas Schnieber WSI

Dr. Detlef Murphy DIE LINKE

Jugendbeirat

Arne Thon Jugendbeirat

Verwaltung

Jörg Amelung

Rolf Jagemann

Niels Schmidt Bürgermeister

Volkmar Scholz

Niklas Viehmann

Angela Gärke

David Karohl

Abwesend

Mitglieder

Herbert Thomascheski CDU entschuldigt

Olaf Wuttke Bündnis 90 / Die Grünen entschuldigt

Umweltbeirat

Jens Brüggemann Umweltbeirat entschuldigt

Seniorenbeirat

Hans Ehrich	Seniorenbeirat	entschuldigt
Manfred Schlund	Seniorenbeirat	entschuldigt
<u>Verwaltung</u>		
Gisela Sinz		entschuldigt
Ralf Waßmann		entschuldigt

Gäste:

Herr Maurer
1 Einwohner*in

Stadtwerke Wedel zu TOP 5 und 8

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Herr Maurer von den Stadtwerken wird unter TOP 5 eine Präsentation zum Sachstand des Wohnmobilstellplatzes halten. Die Präsentation wird der Gremiensoftware beigelegt. Die aktualisierte Kalkulation wird dem Protokoll als Anlage beigelegt. Zu Beginn des nichtöffentlichen Teils wird ein Feedback der Fraktionen zu einer möglichen Öffnung der Badebucht abgefragt. Für diesen Punkt wird Herr Maurer ebenfalls anwesend sein.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.05.2020 | |
| 4 | Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Wedel | BV/2020/034 |
| 5 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 5.1 | Bauhofkosten Veranstaltungen 2019 | MV/2020/050 |
| 5.2 | Bericht der Verwaltung | |
| 5.3 | Öffentliche Anfragen | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 6 | Genehmigung des Sonderprotokolls der Sitzung vom 18.05.2020 | |
| 7 | Verfahrensfragen Gremienarbeit | |
| 8 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 8.1 | Spendeneinnahmen Stadt Wedel 2019 | MV/2020/051 |
| 8.2 | Bericht der Verwaltung | |

8.3 Mündlicher Bericht über die aktuelle Finanzlage der Stadt
Wedel

8.4 Nichtöffentliche Anfragen

Öffentlicher Teil

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Der Jugendbeirat hat nichts zu berichten.

Der Seniorenbeirat und der Umweltbeirat sind in dieser Sitzung nicht vertreten.

3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.05.2020

Auf Nachfrage von Frau Koschorrek sollen diesem Protokoll die kritischen Stellungnahmen der Vergabestelle und der Prüfdienste zum Betrieb des Wohnmobilstellplatzes angefügt werden. Die Stellungnahmen sind dem nichtöffentlichen Teil des Protokolls beigelegt.

Auf Nachfrage von Herrn Fölske sei es Konsens im Gremium, dass in jeder Haupt- und Finanzausschusssitzung von der Verwaltung ein kurzer Corona-Sachstandsbericht geliefert werde.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 18.05.2020 einstimmig bei einer Enthaltung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung.

4 Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Wedel

BV/2020/034

Auf Vorschlag von Herrn Kissig geht das Gremium die Änderungsliste durch. Die Mitglieder äußern dabei zu einigen Punkten Anmerkungen und Änderungsanträge:

§ 4 Abs. 2

Die vorgeschlagene 17 Tagesfrist für Anträge zur Tagesordnung wird von Herrn Schnieber als unrealistisch angesehen. Dies würde bedeuten, dass die Fraktionen am Montag direkt nach den Fraktionssitzungen Ratsanträge stellen müssten. 14 Tage werde bereits als sportlich angesehen. Bei 17 Tagen wäre eine ausführliche Begründung nicht möglich. Herr Schmidt erklärt, dass es bei dieser Frist lediglich um Anträge für eigene Tagesordnungspunkte gehe. Die Fristen seien für die Vorbereitung der Sitzung aufgrund der internen

Abläufe wichtig. Für Herrn Kissig sei die Begründung der Verwaltung schlüssig. Mit der derzeitigen Frist wäre es teilweise möglich nach der Absprache mit den Vorsitzenden und dem Druck der Unterlagen noch fristgerecht Themen auf die Tagesordnung zu bringen.

Für Herrn Fölske ist die Frist unverständlich. Gerade mit der voranschreitenden Digitalisierung des Sitzungsdienstes müssten kürzere Fristen möglich sein.

Herr Schnieber ist der Meinung, dass die Geschäftsordnung keine Arbeitserleichterung der Verwaltung sein, sondern Regelungen für den Rat treffen sollte. Die Politik solle die Möglichkeit haben, auf aktuelle Themen zeitnah reagieren zu können.

Es wird vorgeschlagen, die ursprüngliche 14 Tagesfrist beizubehalten.

§ 4 Abs. 7

Herr Kissig schlägt vor, die Formulierung „sollen“ anstelle von „können“ zu verwenden.

Auf Nachfrage von Herrn Schnieber bezüglich des Zuganges zu den Unterlagen für Stellvertretungen erläutert Herr Karohl, dass Allris als Webanwendung von jedem Gerät aus aufrufbar sei.

§ 4 Abs. 9

Herr Kissig schlägt vor, dass Wort „schriftliche“ Vorlagen beizubehalten.

Daraufhin wird von Herrn Karohl erläutert, dass es sich bei dem Wort um einen juristischen Begriff handle, der einen Ausdruck und eine Unterschrift erfordere. Die Vorlage wird digital in Textform erstellt, jedoch nicht unterschrieben.

§ 6 Abs. 2+3

Auf Nachfrage von Herrn Kissig, warum das Justizariat hervorgehoben werde und nicht das RPA, erläutert Frau Gärke, dass sich der Abs. 3 auf den letzten Absatz des Abs. 2 beziehe. Die Gleichstellungsbeauftragte und das Rechnungsprüfungsamt hätten ein gesetzliches Recht auf Teilnahme und bedürfen daher keiner speziellen Hervorhebung in Absatz 2.

§ 9 Abs. 2

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Murphy wird erläutert, dass der Unterschied zwischen mündlichen und schriftlichen Anfragen darin bestehe, wie diese beantwortet werden. Mündliche Anfragen werden mündlich in der Sitzung beantwortet. Schriftliche Anfragen erhalten eine schriftliche Antwort und werden in der Gremiensoftware gespeichert.

Herr Murphy befürchtet, dass die mündlich gestellten Anfragen nicht mehr im Protokoll auftauchen werden.

§ 32 Abs. 2

Herr Dr. Murphy hat erhebliche Bedenken, dass Anfragen mit der neuen Art der Protokollführung verloren gehen oder jedes Mal eine Diskussion geführt werde, ob die Anfragen wichtig oder unwichtig fürs Protokoll seien. Daher sei Herr Murphy dafür, die ursprüngliche Formulierung für die Anfragen beizubehalten. Auf den Einwand von Herrn Kissig, die Art der Protokollführung werde zunächst für ein Jahr auf Probe durchgeführt, entgegnet Herr Murphy, dass in einem Jahr viele Anfragen gestellt werden. Die neue Art der Protokollführung Sorge für unverhältnismäßige Nachteile für kleine Fraktionen. Eigene Mitschriften können nicht von diesen geleistet werden. Infos aus den Sitzungen würden dann nur noch über die Presse, den mündlichen Berichten und die Fraktionsprotokolle erhalten werden. DIE LINKE wird sich aus diesem Grund bei der Abstimmung enthalten.

Die Grünen sind dafür, dass die Darstellung der Fraktionsmeinungen in den Protokollen enthalten bleibt. Als Begründung sieht Frau Süß ähnliche Gründe wie die Linken. Zitate aus Protokollen von vor mehreren Jahren werden in Zukunft nicht mehr möglich sein.

Die Grünen werden diese Geschäftsordnung daher ablehnen.

Die FDP ist ebenfalls gegen die Art der Protokollführung.

Die CDU ist für ein Beschlussprotokoll, auch aus Kostengründen. Das Thema wurde bereits beschlossen, in der vorgelegten Geschäftsordnung werde nur der Ratsbeschluss umgesetzt.

Herr Murphy beantragt die alte Formulierung der Nr. 6 f und g wiederaufzunehmen.

§ 32 Abs. 6

Auf Anregung Herrn Schniebers wird die Aufnahme des Satzes „Der Versand der Papierunterlagen erfolgt unverzüglich nach der Bereitstellung der digitalen Fassung.“ nach Satz 2 vorgeschlagen.

§ 36 Abs. 3

Nach kurzer Diskussion wird vorgeschlagen, den Absatz wie folgt zu formulieren: „Stellvertretende Ausschussmitglieder, die nicht Ratsmitglieder sind, dürfen auch im nichtöffentlichen Teil der Sitzungen ihres Ausschusses anwesend sein. In diesem Fall ist eine Teilnahme an der Beratung und Beschlussfassung nicht zulässig.“

Über den Änderungsantrag der Linken zu § 32 Abs. 2 Nr. 6 f und g wird abgestimmt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mit 8 JA / 5 Nein die Wiederaufnahme der § 32 Abs. 2 Nr. 6 f und g.

Die weiteren Änderungen in

- § 4 Abs. 2 (Wiederaufnahme 14 Tagesfrist für Anträge)
- § 4 Abs. 6 („sollen“ statt „können“)
- § 32 Abs. 6 (Ergänzung des Satzes „Der Versand der Papierunterlagen erfolgt unverzüglich nach der Bereitstellung der digitalen Fassung.“)
- § 36 Abs. 3 (Stellvertretende Ausschussmitglieder, die nicht Ratsmitglieder sind, dürfen auch im nichtöffentlichen Teil der Sitzungen ihres Ausschusses anwesend sein. In diesem Fall ist eine Teilnahme an der Beratung und Beschlussfassung nicht zulässig.“)

werden einvernehmlich akzeptiert.

Mit diesen Änderungen gibt Herr Kissig die Geschäftsordnung in die Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt mit Änderungen dem Rat:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt die in der Anlage beigefügte Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Wedel.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5.1 Bauhofkosten Veranstaltungen 2019

MV/2020/050

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

5.2 Bericht der Verwaltung

Herr Schmidt berichtet über die aktuelle Corona Situation in Wedel. In Wedel gab es insgesamt 52 bestätigte Fälle, von denen aber keiner mehr aktuell sei. Das Rathaus habe wieder geöffnet, wobei das Einwohnermeldeamt und das Sozialamt zunächst weiterhin mit ausschließlicher Terminvergabe arbeiten werden. Derzeit werde ein elektronisches Terminverfahren beschafft, wodurch online oder vor Ort Termine gebucht werden können. Die Terminvergabe wird sowohl von der Verwaltung als auch von den Bürgerinnen und Bürgern für gut befunden, da dadurch lange Wartezeiten erspart blieben. Demnächst werde es weitere Lockerungen vom Land geben, bekannt sei jedoch noch nichts. Herr Schmidt geht davon aus, dass der Sitzungsbetrieb nach der Sommerpause wieder normal laufen könne. Das Land wolle hälftig die Gewerbesteuererstattungen erstatten. Bisher sei aber noch unklar, wie dies umgesetzt werde.

Auf Nachfrage von Herrn Fölske berichtet Herr Schmidt, dass es in Wedel keine bekannten Corona-Hotspots gab. Die Zahlen entwickeln sich gut.

Auf Nachfrage von Herrn Schnieper erläutert Herr Schmidt das geplante Onlineterminverfahren. Eine kurzfristige Terminvergabe im Rathaus werde auch möglich sein. Älteren Personen wird Hilfe angeboten werden können.

Laut Herrn Barop sei der ursprüngliche Ansatz der Gewerbesteuererstattung gewesen, dass das Land 50 % und der Bund 50 % erstatten wolle, nun nur noch das Land 50 %. Es sei wichtig zu wissen, inwiefern den Kommunen geholfen werde.

Herr Schmidt berichtet, dass der Wohnmobilstellplatz kurzfristig geöffnet habe und der Betrieb ab September durch die Stadtwerke bzw. Kombibad GmbH geführt werde. Anschließend berichtet Herr Maurer über den geplanten Betrieb und klärt Missverständnisse aus der letzten HFA- und Ratssitzung auf. Herr Maurer betont, dass er für Teilnahmen an Sitzungen und für die Fraktionen zur Verfügung stehe. In der heutigen Sitzung möchte er die angepasste Wirtschaftlichkeitsrechnung für den Betrieb des Wohnmobilstellplatzes vorstellen. In zwei bis drei Wochen werde eine konkretere Ausführungsplanung entwickelt, die ebenfalls gerne vorgestellt werden kann.

Herr Maurer erläutert eine Gegenüberstellung der ursprünglich verteilten, falschen Kalkulation sowie einer angepassten Kalkulation (S. 23 der Präsentation).

Die ursprünglichen Umsatzerlöse ergaben sich aus einer Ausgangszahl von 50 Stellplätzen, es werde jedoch mit 40 kalkuliert.

Außerdem wurden in der falschen Berechnung Energiekosten i.H.v. 30 % des Umsatzes veranschlagt. In der aktuellen Kalkulation werde mit einem absoluten Wert von 260 € pro Stellplatz und Jahr gerechnet.

Der variable Anteil an der Pacht sinke aufgrund des verringerten Umsatzes.

Die Abschreibungen wurden in der aktualisierten Berechnung nicht pauschal über 10 Jahre veranschlagt, sondern wurden nun nach den Vorgaben der AFA-Tabelle berücksichtigt. Dies führt zu geringeren Kapitalkosten in der Berechnung.

Insgesamt würde sich das Unternehmensergebnis auf ein Plus von ca. 4.000 € belaufen.

Herr Fölske merkt an, dass das Ergebnis nicht rund sei. Die Berechnung führe in jedem Jahr zu einem Liquiditätsverlust von ca. 15.000 €.

Herr Maurer entgegnet dazu, dass es sich bei dem Zinsbetrag um einen Durchschnittswert über die gesamte Darlehenslaufzeit handle. Anfangs lägen die Zinsen höher, später niedriger, da sich mit jeder Rate der zu verzinsende Kreditbetrag verringere. Die angesprochene Liquiditätsbelastung ergäbe sich aus den unterschiedlichen Zeiträumen von Abschreibungen und Darlehen. Des Weiteren sei der Betrieb des Stellplatzes in der Gesamtschau mit der Badebucht als Vorteil für die Stadt zu betrachten; Ressourcen können gemeinsam genutzt und Synergien erzeugt werden.

Herr Kissig sagt, dass hier keine weitere Tochtergesellschaft gegründet werde und daher keine eigene Liquidität entstehe.

Herr Fölske führt aus, dass jedes Jahr ein Zuschuss von 2 Mio. € an die Kombibad GmbH gezahlt werde und es sich lediglich um eine Verschiebung handle.

Auf eine Nachfrage von Herrn Fuchs bezüglich des Umsatzsteuersatzes verweist Herr Maurer auf die Beratergesellschaft, die bereits Erfahrungen mit Wohnmobilstellplätzen habe. Auf eine weitere Nachfrage von Herrn Fuchs bezüglich der angenommenen Auslastung erläutert Herr Maurer, dass eine kalkulatorische Auslastung von 130 Tagen als schwierig angesehen werde. Die angenommenen 100 Tage Auslastung bei 40 Stellplätzen sei ein Mittelwert aus der kalkulatorischen Auslastung von 130 Tagen, der aktuell erzielten Auslastung sowie die durchschnittliche Auslastung, die eine Studie errechnet habe.

Frau Koschorrek betont, dass vor allem die Attraktivitätssteigerung des Platzes wichtig sei.

5.3 Öffentliche Anfragen

Herr Dr. Murphy erkundigt sich nach dem Stand der Verhandlungen zwischen Wertgrund und der Verwaltung bezüglich der Errichtung der Kita.

Herr Schmidt antwortet, dass die Verhandlungen nicht abgebrochen seien und Gespräche stattfinden. Es werde an einer Lösung gearbeitet, jedoch sei derzeit noch kein vorzeigbares Ergebnis vorhanden.

Auf eine Nachfrage zu mögliches Dauercampen auf dem Wohnmobilstellplatz erläutern Herr Maurer und Herr Schmidt, dass aufgrund baurechtlicher Bestimmungen eine Niederlassung für maximal 3 Tage erlaubt seien.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her. In nichtöffentlicher Sitzung wurden keine Beschlüsse gefasst. Daher entfällt die Unterrichtung.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

Gez. Kissig
Michael C. Kissig

Protokollführung:

Gez. Viehmann
Niklas Viehmann

